

## Votum der Gruppe der Beauftragten der Arbeitgeber zum Entwurf des Berufsbildungsberichtes 2007

---

08.03.2007

"Ein Prophet gilt nirgends weniger als in seinem Vaterland und bei seinen Verwandten und in seinem Hause" – diese biblische Weisheit lässt sich auch auf die berufliche Bildung in Deutschland übertragen. Während in einer internationalen Vergleichsstudie der OECD<sup>1</sup> Deutschland zu den Benchmarks gezählt wird und der Ausbildungspakt eingehend und differenziert betrachtet wird, werden in Deutschland vornehmlich Defizite diskutiert. Deutschland steht im OECD-Vergleich beim Verhältnis der Jugendarbeitslosigkeit zur Erwachsenenarbeitslosigkeit an der Spitze. Alle anderen OECD-Länder haben größere Schwierigkeiten der Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt. Nach einer weiteren internationalen Vergleichsstudie<sup>2</sup> ist die betriebliche Ausbildungsbeteiligung nirgends höher als in Deutschland. Hierzulande wird auf der Basis undifferenzierter Ausbildungsbetriebsquoten unablässig der Rückzug der Betriebe aus der Berufsausbildung debattiert. Dagegen steht das unverändert hohe Engagement der Unternehmen, das in den letzten Jahren bei insgesamt zurückgehender Beschäftigung zu steigenden Ausbildungszahlen geführt hat. Auch im letzten Jahr fiel der Zuwachs bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen größer aus als allein aufgrund der Impulse des Beschäftigungssystems zu erwarten gewesen wäre – so die zutreffende Kommentierung im Berufsbildungsbericht 2007 der Bundesregierung. Im Einzelnen:

### **Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt 2006**

Im Zeitraum vom 1. Oktober 2005 bis zum 30. September 2006 wurden bundesweit 576.200 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Im Vergleich zum Vorjahr sind dies 26.000 Verträge oder 4,7 Prozent mehr. Im Vergleich zu 2003 – dem Jahr vor dem Ausbildungspakt – ist dies ein Zuwachs von 18.900 bzw. 3,4 Prozent. Bis zum Jahresende lag der Zuwachs zum Vorjahr im Bereich der Industrie- und Handelskammern bei 5,5 Prozent, im Handwerk bei 3,1 Prozent sowie in der Landwirtschaft bei 7,0 Prozent. Nach Einschätzung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) ist der Zuwachs bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen alleine betrieblichen Ursprungs.

Die Zahl der gemeldeten Bewerber für eine Ausbildungsstelle ist im Berichtsjahr 2005/2006 um 22.100 auf 763.100 angestiegen. Dieser Anstieg beruht ausschließlich auf einer Zunahme an Bewerbern aus früheren Schulentlassjahren („Altbewerber“), u. a. aufgrund der intensiveren Betreuung von Jugendlichen aus dem Rechtskreis SGB II, die früher die Berufsberatung vielfach nicht aufgesucht haben.

Mehr noch nicht vermittelte Bewerber (+ 8.600 auf 49.500) bei einer geringeren Zunahme der unbesetzten Stellen (+ 2.800 auf 15.400) ließen auch die Lücke auf dem Ausbildungsmarkt größer werden als im Vorjahr (+ 6.200). Durch zusätzliches Engagement aller Beteiligten wurde allerdings bereits ein Großteil des Bewerberzuwachses aufgefangen. Mit

---

<sup>1</sup> <http://www.oecd.org/dataoecd/0/30/37805131.pdf>

<sup>2</sup> [http://www.f-bb.de/fbb/materialien/Frommberger\\_AGBFN\\_Vortrag\\_Nürnberg%202006.pdf](http://www.f-bb.de/fbb/materialien/Frommberger_AGBFN_Vortrag_Nürnberg%202006.pdf)

den Ende September bei der BA gemeldeten 15.400 unbesetzten Ausbildungsplätzen, den bis zu 40.000 EQJ-Plätzen und weiteren Programmplätzen (Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramm Ost und zusätzliche außerbetriebliche Ausbildungsplätze der Bundesagentur für Arbeit) standen genügend Angebote zur Verfügung, um allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen einen Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen.

Auf Grund der vielfältigen Aktivitäten der Agenturen und Kammern konnte die Zahl der noch unvermittelten Bewerber bis Mitte Januar 2007 um 32.000 abgebaut werden. Sie lag mit 17.400 um rd. 1.800 über dem Niveau von 2006. Damit wurde auch ein deutlicherer Abbau als im Vorjahr erreicht (2006: 65 Prozent; 2005: 61 Prozent). Ihnen standen im Januar noch rund 20.000 Angebote (Ausbildungsplätze, Programmplätze, EQJ-Plätze) gegenüber.

### **Verlängerung des Ausbildungspakts bis 2010**

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt: Die Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt können nur gemeinsam gelöst werden. Deshalb haben die Partner des „Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ am 5. März 2007 den Ausbildungspakt bis 2010 verlängert.

Auch künftig setzen sich die Paktpartner das Ziel, in enger Zusammenarbeit mit den Ländern allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Angebot auf Ausbildung oder Qualifizierung zu unterbreiten. Hierzu haben sie erneut zahlreiche Maßnahmen zur Mobilisierung von Ausbildungsplätzen sowie einer zielgenauen Vermittlung in Ausbildung vereinbart. Die Paktpartner machen darüber hinaus deutlich, dass die Verbesserung der Chancen Jugendlicher aber auch eine über diesen Pakt hinausgehende Aufgabe insbesondere der Bildungs-, Familien-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik ist.

Mit dem neuen Ausbildungspakt hat sich der Kreis der Paktpartner erweitert. Der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) wird gemeinsam mit den bisherigen Paktpartnern an der Umsetzung der vereinbarten Ziele arbeiten.

Zu den zentralen Vereinbarungen des verlängerten Ausbildungspaktes zählen:

- Die Wirtschaft setzt sich das verbindliche Ziel, im Durchschnitt pro Jahr 60.000 neue Ausbildungsplätze einzuwerben. Neu ist die Zusage für jährlich 30.000 neue Ausbildungsbetriebe. Darüber hinaus sagt die Wirtschaft zu, jährlich 40.000 Plätze für die betrieblichen Einstiegsqualifizierungen (EQJ) bereitzustellen.
- Die Bundesregierung hat das Sonderprogramm Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ-Programm) von 25.000 auf 40.000 Plätze aufgestockt und die Förderung für die kommenden drei Jahre sichergestellt. Sie unterstützt die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen mit Förderprogrammen wie JOBSTARTER und dem Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramm Ost. Sie schreibt den Anteil der Ausbildungsplätze in der Bundesverwaltung auf mindestens 7 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten fest.

- Die Bundesagentur für Arbeit unterstützt die Aktivitäten des Paktes neben ihrer Kernaufgabe der Beratung und Vermittlung in Ausbildung mit dem Einsatz ihres Förderinstrumentariums auf hohem Niveau, zusätzlich 7.500 außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen einmalig im Herbst 2007 und einer weiteren Schwerpunktsetzung bei präventiven Projekten zur Verbesserung der Ausbildungsreife.

Da es für die Vermittlung in Ausbildung entscheidend auf die allgemein bildenden Schulen und die Verbesserung des Übergangs von der Schule in Ausbildung ankommt, appellieren die Paktpartner an die Länder, die zu hohe Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss und ohne ausreichende berufsqualifizierende Fertigkeiten nachhaltig und deutlich zu verringern. Um die Kooperation von allgemein bildenden Schulen insbesondere mit Betrieben zu intensivieren und die Berufsorientierung der Jugendlichen zu verbessern, setzen die Paktpartner die bewährte Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz fort. Ziel ist ein Gesamtkonzept zur Berufswegeplanung. Dies beinhaltet auch eine Begleitung von Schülerinnen und Schüler durch Paten und Mentoren aus der betrieblichen Praxis.

Die Paktpartner werden ihr Engagement mit dem neuen Ausbildungspakt intensiv fortsetzen. Sie appellieren zudem an alle, die für Ausbildung Verantwortung tragen, d.h. an Gewerkschaften ebenso wie an Länder, Kommunen, Kirchen und Verbände, ebenfalls alles für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zu unternehmen. Auch die Jugendlichen und ihre Eltern sind gefordert, sich aktiv und eigenverantwortlich um ihre berufliche Zukunft und die ihrer Kinder zu kümmern.

### **EQJ-Programm erfolgreich**

Im dritten Paktjahr hat EQJ weiter deutlich an Dynamik und Akzeptanz gewonnen: seit August 2006 bis Mitte Januar 2007 wurden rd. 41.800 EQJ-Angebote bei den Agenturen für Arbeit registriert; 24.600 Jugendliche haben im gleichen Zeitraum eine Einstiegsqualifizierung begonnen. Die Vermittlungen in EQJ gehen in den ersten Monaten des neuen Jahres weiter, so dass das erweiterte Fördervolumen von bis zu 40.000 Plätzen voraussichtlich erreicht werden kann.

Der 4. Zwischenbericht der Begleitforschung zu EQJ zeigt, dass das Programm für viele junge Menschen mit eingeschränkten Vermittlungsperspektiven eine erfolgreiche Brücke in Berufsausbildung ist. Dabei haben sich die Übergangsquoten in Ausbildung 2006 sogar gegenüber 2005 noch verbessert: Während im ersten Programmjahr 61,1 Prozent (56,5 Prozent betriebliche Ausbildung) im Anschluss eine Ausbildung angetreten haben, ist die Quote im zweiten Jahr auf 69,7 Prozent (62,4 Prozent betriebliche Ausbildung) angestiegen. Dabei haben Jugendliche mit Migrationshintergrund (34,5 Prozent der Teilnehmer) besonders profitiert: 69,9 Prozent haben im Anschluss eine Ausbildung begonnen (64,1 Prozent betriebliche Ausbildung).

Positiv ist auch die Entwicklung der Ausbildungsleistung von Unternehmen, die EQJ-Plätze anbieten: Die Ausbildungsleistung hat sich über alle Unternehmen hinweg positiv entwickelt. Aus der Gruppe der Betriebe, die einen Praktikanten beschäftigten und zuvor keine Ausbildungsbetriebe waren (20,2 Prozent aller teilnehmenden Betriebe), sind nach EQJ mehr als ein Drittel (34,1 Prozent) zum Ausbildungsbetrieb geworden. Bei den Unternehmen, die zuvor schon Ausbildungsbetrieb waren (79,8 Prozent aller teilnehmenden Betriebe), hat es ebenfalls insgesamt einen positiven Nettoeffekt gegeben.

## Weiterbildung

In unserer modernen Wissensgesellschaft spielt Weiterbildung eine wichtige Rolle. Für die Arbeitgeber ist berufliche Weiterbildung daher ein zentraler Bestandteil einer zukunftsorientierten Personalentwicklung und damit der Unternehmensstrategie. Sie investieren pro Jahr rund 27 Mrd. Euro in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter. Die berufliche Weiterbildung hält sich damit trotz der in den letzten Jahren angespannten konjunkturellen Situation und der schwierigen Rahmenbedingungen konstant. Sorgen bereitet den Arbeitgebern allerdings ein relativ großer Sockel an Nicht-Teilnehmern, der rund ein Drittel der Erwerbsbevölkerung ausmacht. Dies hängt auch damit zusammen, dass in den allgemein bildenden Schulen nur wenig Motivation und Selbstlernkompetenzen für ein lebenslanges Lernen entwickelt werden.

Von zentraler Bedeutung für Lebenslanges Lernen ist daher ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem beginnend mit der frühkindlichen Bildung, das das Fundament auch für späteres Lernen legt inklusive Lernfähigkeit und Lernmotivation. Wichtig ist darüber hinaus ein durchlässiges Bildungssystem. Insbesondere zwischen beruflicher und akademischer Bildung müssen Übergänge leichter möglich werden. Die Arbeitgeber begrüßen daher die im Koalitionsvertrag enthaltene Zielsetzung einer Erleichterung für die Aufnahme des Hochschulstudiums von beruflich Qualifizierten. Eine Umsetzung dieses Ziels sollte vom BMBF im Verbund mit den Ländern zeitnah erfolgen. Ein bildungsbereichsübergreifender Nationaler Qualifikationsrahmen ist hierfür ein wichtiges Instrument. Mit ihm können Qualifikationen aus der beruflichen Bildung und der akademischen Bildung mit einheitlichen Kriterien beschrieben und damit vergleichbar und transparent werden.

Eine wichtige Rolle beim Lebenslangen Lernen spielt die Aufstiegsfortbildung. Die Teilnehmer- und Absolventenzahlen der geregelten Aufstiegsfortbildung weisen ein konstant hohes Niveau aus. Im IHK-Bereich erreichten die Teilnehmerzahlen einen 10-Jahres-Höchststand. Die hohe Akzeptanz der öffentlich-rechtlichen Fortbildungsprüfungen hängt auch mit der Förderung des AFBG zusammen. Diese sollte bei jeglichen Überlegungen zum Bildungssparen einbezogen werden.

Das BMBF hat Gutachten zur Etablierung eines Weiterbildungssparens in Auftrag gegeben. Die Empfehlungen der Gutachten wiesen insoweit in die richtige Richtung, als Eigeninitiative und Eigenengagement (auch finanzielles) Basis der Überlegungen sind. Nur so ist eine ausreichende Motivation der Teilnehmer sicherzustellen. Fraglich ist allerdings, ob gerade bildungsferne Gruppen, bei denen die Lernmotivation entscheidend ist, mit dem Instrument erreicht würden. Bei der Ausgestaltung der Instrumente wäre daher darauf zu achten, die Mitnahmeeffekte und den bürokratischen Aufwand so gering wie möglich zu halten.

Generell muss das Ziel sein, die Reaktionsfähigkeit und Flexibilität des Weiterbildungsmarktes zu erhalten. Das gilt auch für die Beratungen des BMBF-Innovationskreises Weiterbildung, die nicht zu neuen Regulierungen führen dürfen.

## **Europäisierung der Berufsbildung**

Die Spitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft begrüßen die Fortschreibung des Kopenhagen-Prozesses und die Entwicklung eines Europäischen Qualifikationsrahmens. Sie haben sich daher an seiner Entwicklung konstruktiv beteiligt. Die Zustimmung zu bzw. das Gelingen eines EQR in Europa hängt entscheidend von seiner Ausrichtung am Bedarf der Wirtschaft und am Nutzen für die Unternehmen ab.

Die Wirtschaft wird die „Europäische Öffnung“ der Berufsbildung weiterhin konstruktiv und zukunftsorientiert begleiten. Das gilt auch für das Konsultationsverfahren zu ECVET. Richtschnur muss der Bedarf der zukünftigen Nutzer sein – noch so elaborierte Konstrukte helfen nicht, wenn weder Betriebe noch Bildungsnachfrager etwas damit anfangen können.

Die neue EU-Strukturfondsförderperiode bringt die Chance einer Neugestaltung der öffentlichen Ausgaben für die berufliche Weiterbildung mit sich. Kritisch bemerken die Arbeitgeber, dass die großen BMBF-Programme der lernenden Regionen und QUEM einen Mehrwert für die Unternehmen und Erwerbstätigen nicht nachweisen konnten.

Die EU entfaltet immer größere Aktivitäten in der Berufsbildung, somit auch für das lebenslange Lernen. Die EU-Mitteilung zum lebenslangen Lernen greift die grundlegenden Notwendigkeiten auf. Aktionspläne und die Aufforderung zur Entwicklung nationaler Strategien lebenslangen Lernens werden daraus folgen. Bei den Planungen zum Europäischen Qualifikationsrahmen sollte darauf geachtet werden, dass die Weiterbildung in ihrer differenzierten Ausgestaltung angemessen und adäquat berücksichtigt wird. Das darf nicht dazu führen, dass neue Regeln für den Weiterbildungsmarkt in Deutschland erwachsen.

Die Wirtschaft bedauert, dass die Projektauswahl zum neuen integrierten EU-Programm zum lebenslangen Lernen nunmehr ohne Wirtschafts- und Sozialpartner stattfindet.